

Werk

Titel: Buchbesprechungen / book reviews / critiques de livres

Ort: Duisburg ; Essen

Jahr: 2009

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?636201856_0001 | LOG_0012

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

Buchbesprechungen / book reviews / critiques de livres

Anselm Doering-Manteuffel / Lutz Raphael, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 2008. 140 Seiten. 15,90 € [D]

Revolutionärer Wandel – mit diesen aufregenden Begriffen charakterisieren die in der bundesdeutschen akademischen Sphäre fest verankerten Historiker Doering-Manteuffel und Raphael die Geschichte Westeuropas seit den 1970er Jahren. Die Setzung ist erstaunlich, war doch im vergangenen Jahr aus Anlass des Jubiläums der Revolte von 1968 viel von einer *Kontinuität im Wandel* die Rede. Nicht der von den beiden Autoren apostrophierte *Strukturbruch*, sondern Begriffe wie *Innovation* und *Modernisierung* sowie jene *Fundamentalliberalisierung*, die bereits Habermas als nicht intendierte Folge der Revolte sah, prägten die Debatte.

Insofern ist die Betonung der Diskontinuität durchaus überraschend. Gleich zu Beginn der Skizze, die laut Verlagsankündigung „eine neue Interpretation der letzten drei Dekaden des 20. Jahrhunderts als zeithistorische Epoche“ liefert, wird zudem auf die prinzipielle Offenheit und Aktualität der analysierten Entwicklungen verwiesen. Doering-Manteuffel und Raphael betonen den ebenso umfassenden wie komplexen Charakter des „Strukturbruchs“, der von „der Familie bis zur Arbeitsgesellschaft“ Bedeutung erlangt habe (S. 13). Im Mittelpunkt stehen sodann der „Wandel der leitenden Ordnungsmuster, die Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammenfügten“, die „Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Prozessen und politischen Leitideen“ sowie die „sozialwissenschaftlichen Zeitdiagnosen“, die die Umwälzung in den westeuropäischen Ländern begleiteten, definierten, artikulierten

und formten (S. 14). Hier wird also der Anspruch formuliert, eine Art Forschungsprogramm zu entwickeln, das die 1970er Jahre nicht als „zweite Staatsgründung“ fasst, sondern erst als Beginn einer Neuordnung der Arbeits- und Geschlechterverhältnisse, der Lebensstile und des Alltags. Damit wird zugleich zumindest implizit von der Marwick'schen Setzung Abstand genommen, der die Sozialproteste der 1968er Jahre als *lifestyle revolution* oder *rock revolution* sah, deren politische Wirkung als ausgesprochen begrenzt zu gelten habe.¹ Dagegen ist nun also selbst unter Professoren deutscher Universitäten doch wieder von einem revolutionären Wandel im umfassenden Sinne die Rede: Es ist, als habe man das Gespenst der Revolution im Jubiläumsjahr nur deshalb so eifrig gebannt, um es am Ende der Feierlichkeiten umso unbekümmerter aus der Kiste springen zu lassen.

Und in der Tat: Es wird auf Dauer schwierig bleiben, zu definieren, was an den westeuropäischen kapitalistischen Ländern sich selbst glich und gleicht, welchen Strukturen und Ensembles eine haltbare historische Identität zugesprochen werden kann. Man kann es nicht wissen, denn am Ende des Jahres, in der Jetztzeit, beginnt die Krise. Begriffe wie *Liberalisierung* scheinen in atemberaubender Geschwindigkeit ihren Verortungswert zu verlieren. An dem durch die beiden Professoren skizzierten „Perspektivwechsel“ ist vor allem interessant, dass die Transformation der Arbeit und ihrer inneren Zusammensetzung, ein kritischer Gegenstand, der der Zeitgeschichte weitgehend verloren gegangen ist, erneut eine entscheidende Rolle zugesprochen wird. Hier wird der Blick auf die Verhältnisse jenseits von Lebensstil und Rock n' Roll geworfen, aber es wird auch der Wunsch nach systematischen Zuordnungen erneuert. Was „nach dem Boom“ passiert ist, wird kategorial als Ablösung des Fordismus beschrieben. Die Rede ist von einer Entgrenzung der Arbeit, von einer informalisierten Gesellschaft, die

¹ Arthur Marwick, *Youth Culture and the Cultural Revolution of the Long Sixties*, in: Schildt, Axel/Siegfried, Detlef, *Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies*, New York/Oxford 2006, S 56.

individuelle Freiheit neu mit strukturellem Zwang kombiniere, während Fordismus und Modernisierung als *historische* (d. i. vergangene) Paradigmen gekennzeichnet werden. (S. 21ff.) Die sozial-liberalen Reformen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre hätten diesen par excellence Ausdruck verliehen hätten (S. 27ff.), aber: „Das ‚westeuropäische Sozialmodell‘ war gerade fertig gestellt, als es nach der Krise 1973/74 einer ersten Belastungsprobe unterworfen wurde.“ (S. 30)

Diese „Belastungsprobe“ wird im Anschluss erstens mit den durch „die Vollbeschäftigung inspirierten Verteilungskämpfen“ identifiziert, die „in den meisten westeuropäischen Ländern eine Lohn-Preis-Spirale“ ausgelöst hätten. (S. 31) Auch wenn die Unruhen und Rebellionen in der Fabrik hier in einer verformten Sprache benannt werden, das Verhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution bleibt durchaus klar: Denn zweitens schließt eine kurze Darstellung der neoliberalen *Antwort* an: es war jene „neoklassische Wirtschaftspolitik, die für den Markt, gegen den Staat“ operiert habe. (S. 32) Im Inneren dieser Antwort, aber zugleich in Opposition zu ihr, erscheinen sodann drittens die neuen sozialen Bewegungen, die ebenfalls den Staat als „technokratisch-zentralistische Modernisierungsagentur“ und gemeinsames Feindbild ausgemacht hätten. (S. 33) Es folgt eine umfassende Darstellung der Veränderungen der Arbeitsgesellschaft, die schon mit dem Niedergang der Montanindustrie eingesetzt habe, sich in der „revolutionierenden Wirkung des Mikrochips“ zugespitzt und schließlich mit der immerzu wachsenden Bedeutung des dritten Sektors und der Etablierung der „Wissensarbeit“ zu sich gekommen sei. Jedoch habe der Wohlfahrtsstaat trotz Autonomisierung, Atomisierung und Individualisierung seine Relevanz vorläufig selbst angesichts der Herrschaft der Thatchers und Neocons, die „keine Gesellschaft mehr kannten“, erhalten. Die Dynamik des Wandels wird folglich weniger als durch die politischen Rahmenereignisse definiert angesehen. Die wesentliche Prägung sei vielmehr in der Veränderung der Lebensstile (Singles, Individualismus, „schwache Bindungen“ der ur-

banen Eliten „an die Gesellschaft“, S. 54f.) sowie in den technischen Umwälzungen („Mikroelektronik“, „Internet-Galaxie“, S. 55) zu suchen.

Im zweiten Kapitel des Buches wird diese Skizze durch „sozialwissenschaftliche Diagnosen des Wandels“ illustriert. Dabei können die beiden Autoren für sich in Anspruch nehmen, eine ganze Reihe von in der historischen Forschung bislang kaum rezipierten Autorinnen und Autoren einzuführen, die sich seit der ersten Hälfte der 1970er Jahre um eine Definition und kategoriale Einordnung der eben skizzierten Veränderungen bemüht haben: die Palette reicht hier von Daniel Bell über Robert Castells bis hin zu Zygmunt Baumann und Paul Virilio. Interessant ist in diesem Abschnitt besonders das letzte Kapitel, in dem die Folgen der Entgrenzung des Verhältnisses zwischen Arbeitszeit und Lohn mit Virilio als „rasender Stillstand“ ausgemacht werden: in den Raum-Zeit-Koordinaten der postindustriellen Gegenwart sei es zwar zu einer Ablösung der „Daseinskargheit“ gekommen, diese sei aber durch eine „geschrumpfte Gegenwart“ ersetzt worden, die lediglich noch „aus den Tagen, Monaten oder Jahren“ bestehe, in denen das „Einkommen gesichert sei, der Wohnort und die Lebensumstände gewiß“. (S. 85) Mit leicht kulturpessimistischem Unterton wird schließlich der Zerfall des Erfahrungs-Kontinuums anhand von Analysen der „modernen Arbeitswelt“ festgemacht. (S. 86) Die „sozialpsychologischen Wirkungen“ solcher Tendenzen, so pflichten die Autoren Richard Sennet bei, seien „eindeutig negativ“. (S. 87) An dieser Stelle führen Doering-Manteuffel und Raphael den Begriff *digitaler Finanzmarkt-Kapitalismus* ein, als Sammelbegriff für die spezifischen Formen postfordistischer Akkumulation.

Diese Zuordnung, die die Dominanz der neuen Technik mit der Verschiebung der Zentren der Wertschöpfung von „der Produktion“ auf „die Finanzdienstleistungen“ begrifflich kombiniert, ist nicht nur merkwürdig konstruiert, sondern auch historiographisch problematisch. Er geht spiegelbildlich von einer stabilen, relativ konfliktfreien fordistischen „Epoche“ aus (deren zeitliche Ausdeh-

nung jedoch in manchem Satz auf das Ideal der „Ära Brandt“ zusammengeschrumpft erscheint – wahrlich die kürzeste „Epoche“ aller Zeiten!) Hierin verschwindet, dass auch keynesianische Wirtschaftspolitik und tayloristische Arbeitspolitik nicht nur in die Gegenwart fortwirken (siehe etwa die Probleme, die durch die Ökonomisierung des sozialen Bereiches entstehen), sondern auch historisch umkämpft waren, das heißt: Formen der Regulation sozialer Konflikte. An dieser Stelle sollte meines Erachtens daran festgehalten werden, die 1960er Jahre als eine Zeit des Umbruchs zu begreifen, deren „Kargheit“ (im Sinne einer Leere und des Fehlens von „Ereignissen“) sich im Studium der kulturellen, politischen und ökonomischen Umbrüche dieser Zeit keineswegs bestätigt. Sie wurde vielmehr, wie Schildt u. a. schon vor zehn Jahren konstatierten, oft erst ex post konstruiert, namentlich in den „neuen“, „bunten“ 1970er Jahren, in denen das Spektakel sowie eine geradezu verzweifelte Medialisierung sozialer Konflikte und Kommerzialisierung ihrer Symbolpolitiken nach und nach zur Perfektion getrieben wurde. Die Schwäche der Perspektive des vorliegenden Buches ist insofern das, was andernorts als Post-Syndrom bezeichnet wurde, eine Idee, die auf der Vorstellung aufgebaut ist, dass alles in der Gegenwart „completely new and unprecedented“ sei. Im Kern verstellt diese Vorstellung gerade eine Einsicht in die Historizität und Veränderlichkeit der aktuellen Gesellschaft. Sie begreift diese weniger als soziales, alltägliches, praktisches Ensemble, und von ihrem technischen und vergegenständlichten Ganzen bleibt sie wie geblendet. Die kritische Rezeption der (nicht von uns, sondern von Milton Friedmann) „neoliberale Revolution“ genannten Entwicklung bleibt so merkwürdig statisch: die Feststellung, dass „die Zeit zerstört wurde“ wirkt fast kulturpessimistisch. Unvorstellbar erscheint, dass es zu sozialen Kämpfen kommen könnte, in denen die Zeit, die urbanen Räume und der Alltag wieder angeeignet werden könnte.

Dennoch ist das Buch mehr als ein weiteres Syndrom, sondern, insbesondere auch im abschließenden dritten Kapitel, auch ein neu-

er Entwurf. In diesem letzten Abschnitt teilen die beiden Autoren die gegenwärtige Zeithistorie in „Perspektiven“ ein, die sie für bedeutend halten. Dabei fordern sie eine „histoire totale“, die sie in der These zuspitzen, dass „Strukturbruch und revolutionärer Wandel nicht von einem einzigen Punkt, gewissermaßen von einem Epizentrum her analysiert werden können“. (S. 92) Die augenfällige Dezentriertheit der sozialen Konflikte in den gegenwärtigen Gesellschaften ist in diesem Punkt sehr gut zusammengefasst, allerdings erscheinen diese zugleich merkwürdig subjektlos und insofern wiederum in gewisser Weise unspezifisch-überhistorisch. „Histoire totale“ erscheint hier allzu leicht als Alles oder Nichts, als Alles und Nichts, und am Ende als Nichts. Doch werden erst die an das Projekt der beiden Professoren geknüpften Forschungen diese Befürchtung bestätigen oder dementieren können: Der Gedanke, dass das Gestern in Form der unterschiedlichen (diversen) „Möglichkeiten des Morgen“ stets präsent sei, sollte uns jedenfalls nicht grundsätzlich fern liegen. (S. 93) Das Ende des Buches ist insofern auch ein Anfang als dass die beiden Autoren konkrete Felder benennen, von denen sie meinen, dass der „Strukturbruch“ hier exemplarisch darstellbar wäre. Dabei machen sie zunächst Themenfelder aus, die sie als von der Geschichtswissenschaft bereits weitgehend erobert sehen (von der Politikgeschichte bis zur Migrationsgeschichte, wobei in Bezug auf Letztere die große Anzahl der Veröffentlichungen meines Erachtens allerdings mit der Zahl der noch nicht einmal gestellten Fragen korrespondiert). Schließlich benennen sie Felder, die nach ihrer Auffassung in Zukunft stärker durch die Zeitgeschichte bearbeitet werden sollten: dass hier zu Recht sowohl „industrielle Produktion“ als auch „Geschlechterordnungen“ erwähnt werden, sagt zugleich etwas über den diesbezüglich recht fragmentarischen Charakter der aktuellen bundesdeutschen Forschung aus. Es spricht für die Autoren, dass sie an diesem Punkt über den Tellerrand des Fachs sehen; Untersuchungen wie etwa die von Beaud und Pialoux über die Geschichte des Alltagswiderstands im Peugeot-Werk von Sochaux oder Arbeiten wie jene

Buchbesprechungen

von Boltanski und Chiapello über die Transformation der Managementstrategien gehören sonst selten zur Grundlagen-Lektüre von deutschen Historikerinnen und Historikern. Allerdings bleibt auch angesichts der ausgewählten Literatur das Postulat, sich den Bruch mit den fordistischen und tayloristischen Vergesellschaftungsformen „globalgesellschaftlich“ anzusehen, sehr schwach entwickelt. Es wird am Ende de facto in den Begriff „gesamtwestlich“ übersetzt. (S. 119)

Peter Birke

Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, hg. vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesarchiv. Bd. 4: 1957–1966 Bundesrepublik Deutschland: Sozialpolitik im Zeichen des erreichten Wohlstandes, Nomos-Verlag: Baden-Baden 2007. 1049 Seiten (+ CD-Rom). 149 €

Eines der bedeutendsten Editionsprojekte zur deutschen Geschichte nach 1945 ist nun fertiggestellt worden. Die elf Bände der gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesarchiv herausgegebenen Reihe „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ liegen nun vor. Damit ist sowohl die Sozialpolitik der Bundesrepublik, wie auch der DDR umfassend neu kartographiert worden. Mit Ausnahme des Einführungsbandes liegen allen Büchern dankenswerterweise CD-Roms mit einigen zentralen Dokumenten bei. Zudem sind auf der Homepage des Nomos-Verlags noch zwei, zusammen etwa 700 Seiten umfassende, Bände mit Statistiken zur Sozialpolitik der beiden deutschen Staaten gratis herunterzuladen.

Alle gedruckten Bände, mit Ausnahme von Band 1, haben den gleichen Aufbau. Sie sind in vier Hauptteile gegliedert. Im ersten Teil werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen untersucht, vor deren Hintergrund die sozialpolitischen Debatten stattfanden.

Das zweite Kapitel konzentriert sich stärker auf die Sozialpolitik und stellt die zentralen Debatten und Akteure des Feldes vor. Den vierten Teil bildet ein Resümee. Für diese drei Teile zeichnen sich im Regelfall jeweils die Herausgeber des Einzelbandes verantwortlich. Im raumgreifenden dritten Teil werden von einer Vielzahl von Autorinnen und Autoren in 17 Unterkapiteln einzelne sozialpolitische Handlungsfelder, wie z. B. der Arbeitsschutz, die Sozialhilfe oder die Bildungspolitik, untersucht.

Der hier zu besprechende Band wurde von Michael Ruck und Marcel Boldorf verantwortet und hat die Bundesrepublik in den Jahren 1957 bis 1966 zum Thema. Während Boldorf die Kapitel zwei und vier verfasst hat, gaben die Herausgeber das erste Kapitel an Bernhard Löffler ab. Da eine Besprechung des kompletten Bandes den Rahmen sprengen würde, konzentriere ich mich im Folgenden auf diese drei Überblickskapitel. Löffler sieht die Periode von 1957 bis 1966 durch einen langsamen Wandel gekennzeichnet, denn er mit Axel Schildt als „konservative Modernisierung“ bezeichnet. Dieser ist unter anderem durch Zuzug in die Städte, anhaltenden Optimismus und einen Geburtenboom geprägt. Die Grundlage hierfür bildete die anhaltende wirtschaftliche Prosperität. Sie führte zu sinkender Arbeitslosigkeit, steigenden Realeinkommen und einer maßvollen Inflationsrate. Die Zunahme der Gehälter ermöglichte den Einstieg eines größeren Teils der Bevölkerung in die Konsumgesellschaft. Autos, Fernseher und Kühlschränke wurden nun zu Massenartikeln. Innerhalb der Wirtschaft stiegen die Beschäftigtenzahlen vor allem im tertiären Sektor. Immer mehr Menschen wurden zu Angestellten und Beamten. Schon zeitgenössisch argumentierte man, dass dies zu einer Nivellierung der scharfen Klassenunterschiede führe. Löffler betont aber, dass kein Verschwinden der Differenzen, sondern eine Verschiebung von scharfen zu eher feineren Unterschieden zu beobachten sei. Der Konservatismus der Zeit lässt sich vor allem an den familienpolitischen Vorstellungen zeigen: In einer Umfrage antworteten 75 % der befragten Männer und 72 % der Frauen, dass

Frauen und insbesondere Mütter vor allem ins Haus gehörten. Politisch sieht Löffler die Zeitspanne vor allem durch Kontinuitäten geprägt. Den deutlichsten Einschnitt bildete das Godesberger Programm der SPD von 1959. Als gesellschaftlich wirksame Kritik macht der Autor auf der einen Seite einen elitär-konservativen Kulturpessimismus und auf der anderen Seite eine linke Konsumkritik aus, wobei letztere extrem kurz und blass beschrieben wird.

Während Löffler den Forschungsstand zwar souverän aber insgesamt wenig pointiert zusammenfasst, sind die beiden Beiträge von Boldorf deutlich meinungsfreudiger. Insgesamt kennzeichnet er die Jahre 1957 bis 1966 als „Konsolidierungsphase“. Die CDU beschreibt er als pragmatische Volkspartei mit wenigen programmatischen Festlegungen. Die Partei war durch einen der katholischen Soziallehre nahestehenden Flügel und einen ordoliberalen Flügel um Ludwig Erhard gekennzeichnet, die sich mitunter scharfe Wortgefechte lieferten. Hinzu existierte noch ein reaktionärer Flügel um die Vertreter von Vertriebenenorganisationen, der aber durch seine sture, revisionistische Politik an Einfluss verlor. Die SPD sieht Boldorf mit dem Godesberger Programm auf die Linie des reformistischen CDU-Flügels einschwenken, wogegen die FDP wenig Differenzen zum ordoliberalen CDU-Flügel aufwies. Während Werner Abelshauser durch die Rentenreform einen Sieg des sozialreformerischen Flügels der CDU mit Hilfe der SPD ausmacht, sieht Boldorf eher ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den CDU-Flügeln, die in der Sozialpolitik abwechselnd ihre Linie durchsetzen konnten und häufig auch beidseitig akzeptable Kompromisse fanden.

Von den Interessensverbänden standen die Gewerkschaften der Regierungspartei am fernsten. Auch der sozialreformerische Flügel der CDU betrachtete durch seine Anlehnung an die katholische Soziallehre die Gewerkschaften eher als konkurrierende Organisationen denn als Bündnispartner. Enge Kontakte existierten hingegen zur katholischen Kirche. Der Bundesverband der deutschen Industrie sah im ordoliberalen Flügel der CDU sowie in der FDP

seine Ansprechpartner. Am erfolgreichsten betrieben in der untersuchten Phase jedoch die Vertreter des Mittelstandes Lobbypolitik. Über die Notwendigkeit einer verstärkten Mittelstandspolitik konnten sich sogar die notorischen Streithähne Adenauer und Erhard einigen. Begünstigt wurde dies durch eine zunehmende Verwissenschaftlichung der Politikberatung, die sich auch auf dem Feld der Sozialpolitik zeigte. Auch wenn Boldorf betont, dass wissenschaftliche Empfehlungen auch schon zuvor eingeholt wurden, so ist doch eine Verstetigung und Zunahme zu konstatieren. Häufig wurden in die betreffenden Gremien explizit Vertreter einer Mittelstandspolitik aus der Wissenschaft berufen.

Die Leistungen der Regierung auf dem Feld der Sozialpolitik bezeichnet Boldorf als „partielle Komplettierung“, was besagen soll, dass die grundlegenden Reformen bereits in der vorherigen Epoche vorgenommen wurden, aber nun keine Stagnation, sondern ergänzende Fortschritte feststellbar sind. Als vielleicht bedeutendste Veränderung ist das Bundessozialhilfegesetz 1961/62 zu nennen, dessen Besonderheit Boldorf darin sieht, dass erstmals Fürsorgeleistungen einklagbar wurden. Weitere Reformschritte blockierte der Wirtschaftsflügel der CDU, u.a. durch die Nicht-Veröffentlichung eines von Familienminister Würmeling eingeforderten Gutachtens. Insgesamt erfolgte jedoch ein steter Ausbau der Basisversicherung. Dadurch war schließlich die Fürsorgepolitik nicht mehr nur noch für Arbeiter und Randgruppen von Belang, sondern für breitere Schichten der Bevölkerung.

Die eingeleiteten Reformen standen weitgehend in der Tradition deutscher Sozialstaatspolitik. Zwar wurden die Entwicklungen in anderen westlichen Industriestaaten beobachtet und gegebenenfalls durch Gutachter untersucht, aber grundsätzliche Veränderungen am deutschen System ergaben sich kaum. Einfluss hatten die Erfahrungen anderer Länder zumeist nur, wenn mit einem Gesetzesvorhaben Neuland beschritten wurde. Die Sozialpolitik der DDR diente nicht als Anregung, sondern als Kritikfeld. Dabei waren die angebotenen Leistungen des Sozialstaats in der Propaganda gegen

den anderen deutschen Staat für die Bundesrepublik von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Band die Kenntnisse über die bundesdeutsche Sozialpolitik, aber auch insgesamt über die bundesdeutsche Geschichte, erheblich vertieft. Alle Beiträge des Bandes zeichnen sich durch hohes sprachliches Niveau und eine umfassende Kenntnis von Quellen und Literatur aus. Das Reihenwerk insgesamt setzt einen Standard, der auf absehbare Zeit Bestand haben dürfte und es zu einem unersetzlichen Referenz- und Nachschlagewerk machen dürfte. Ähnliche Reihenwerke für die Kernbereiche anderer Ministerien wären wünschenswert. Zu kritisieren ist vor allem der unerschwingliche Preis der Bände, der wohl nur von Bibliotheken und Professoren gezahlt werden kann. Aber vielleicht darf man sich ja eines Tages über eine Taschenbuch-Ausgabe freuen.

Marc Buggeln

Andreas Eckert, Herrschen und Verwalten. Afrikanische Bürokraten, staatliche Ordnung und Politik in Tanzania, 1920-1970, Oldenbourg: München 2007, 313 Seiten. 49,80 €

Der Staat in Afrika ist als wesentliche Instanz, durch die Prozesse nachholender Entwicklung zumal in den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit inszeniert wurden und die damit auch wesentlich für das Scheitern solcher Strategien verantwortlich gemacht wurde, Gegenstand anhaltender Debatte. Zu deren Erträgen zählen nicht zuletzt Einsichten in die Kontinuitäten, die zwischen der Spätphase der Kolonialherrschaft und der Periode aktiver Interventionen von „Entwicklungsstaaten“ zumal in den 1960er und 1970er Jahren bestehen. Andreas Eckerts auf seiner Berliner Habilitationsschrift basierende Studie leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag, indem sie vor allem das Personal in den Blick nimmt, das in Tanga-

nyika, heute dem festländischen Teil Tanzanias, während der den letzten Jahre der Kolonialherrschaft begann, sich als autochthone, begrenzt auch als Gegen-Elite zu formieren, um dann in die Positionen der staatlichen Funktionseliten einzurücken. Dies freilich erfordert den zeitlich weiter zurückgreifenden Blick auf die Praxis des britischen Kolonialstaates seit der Übernahme des Völkerbundesmandates im größten Teil des ehemaligen Deutsch-Ostafrika 1922. Zunächst schuf die auch in Tanganyika praktizierte *indirect rule* eine Schicht afrikanischer Intermediäre, die sich auf mehr oder minder fiktive, an der zugrundeliegenden Ideologie der geschlossenen, homogenen Gemeinschaft orientierten, territorial definierten Kollektividentitäten bezogen. Die Söhne der *Chiefs* waren zugleich die ersten Rekruten der wenigen für Afrikaner vorgesehenen höheren Schulen, unter denen die Regierungsschule in Tabora herausragte: Die hohe Quote der gehobenen und höchsten Beamten im späteren unabhängigen Tanzania, die von dieser Schule geprägt worden waren, rechtfertigt die genauere Analyse des hier vermittelten Rüstzeugs fürs Leben. Es war orientiert am Ideal des Gentleman, in dessen Mittelpunkt mehr Verhaltensmerkmale als kognitive oder praktische Fähigkeiten standen. Damit war ein hohes Maß an Anpassung an Verhaltensmuster und Wertorientierungen der Kolonialherren verbunden, zugleich aber der Anspruch der aus diesen Gruppen rekrutierten afrikanischen Beamten auf ein „zivilisiertes“ Leben. Die so entstandene widersprüchliche Situation trug wesentlich dazu bei, dass die Unabhängigkeitsbewegung wenigstens in ihren organisierten und artikulierten Teilen weitgehend von Angehörigen der afrikanischen Beamtenschaft getragen wurde, die Diskriminierungen nicht nur seitens der britischen Kolonialherren, sondern auch durch die Bevorzugung von Indern im kolonialen Staatsdienst erfuhren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschärften sich im Zuge der „zweiten kolonialen Besetzung“, des Versuches Großbritanniens, nach dem Verlust Indiens den Schwerpunkt seines Kolonialreiches auf die afrikanischen Kolonien zu verlagern, die Konflikte, nicht

zuletzt auch zwischen den britischen Beamten vor Ort und denen, die in London die Politik definierten. Neben zaghaften Versuchen der Dezentralisierung und einer Demokratisierung, die dadurch eingeschränkt war, dass sie auf Quoten nach Herkunft aus Europa, Asien oder Afrika basierte, standen durchwegs problematische Initiativen, die im Bereich der Sozialarbeit auf der Einsicht der Kolonialmacht beruhten, dass eine städtische Arbeiterschaft entstanden war und im Erziehungsbereich den Forderungen der Autochthonen nach adäquaten Bildungschancen niemals gerecht wurden. Zugleich gerieten die *Chiefs*, die nach wie vor die wichtigsten Staatsorgane auf lokaler Ebene darstellten, in eine Legitimitätskrise. Die Widersprüche und Ambivalenzen werden orientiert an biographischen Porträts wichtiger Vertreter der Kategorien „Bürokraten als Staatsdiener als Chiefs“, „Bürokraten als Politiker“ sowie „Bürokraten als Gewerk- und Genossenschaftler“ weiter erläutert. Es entsteht so das Bild einer eng umgrenzten afrikanischen Elite, die nicht zuletzt durch gemeinsame Bildungserfahrungen geprägt war, die aber vor allem administrative Techniken und Perspektiven teilte, die sie stärker mit dem britischen kolonialen Projekt verbanden, als ihre Vertreter oder die zahlreichen Befürworterinnen und Unterstützer des tanzanischen Modells, die es weltweit von den 1960er bis in die 1980er Jahre gab, eingestehen oder wahrhaben wollten. Die letztere Perspektive, die im abschließenden Kapitel beleuchtet wird, macht die eigentliche Pointe des Buches aus. Zum einen zeigt sich, dass gerade die großen, mit Tanzania und seinem Gründungspräsidenten Nyerere verbundenen Parolen und Projekte wie *Ujamaa* oder das Dorfentwicklungsprogramm nicht nur im strengen Sinne modernistisch und developmentalistisch waren, sondern in ihrer Grundkonzeption weit mehr mit der kolonialen Planungs- und Verwaltungspraxis zu tun hatten, als auch ihren führenden Vertretern vermutlich bewusst war. Die Krise des tanzanischen Entwicklungsmodells, die sich seit Mitte der 1970er Jahre zuspitzte, erscheint denn auch in einem übergreifenden Rahmen: Zeigten manche Projekte des späten Kolonialstaates Anklänge an wohlfahrtsstaatliche

Konzepte in Westeuropa, so hat, wie der Autor abschließend notiert, Trutz von Trotha kürzlich darauf hingewiesen, dass eben wegen des faktischen Scheiterns solcher Ansätze in Afrika staatliche Formen auf diesem Kontinent sehr wohl global zukunftsweisend sein könnten. Aus dieser Sicht wäre die Untersuchung staatlicher Strukturen und ihrer langfristigen Dynamiken, wie sie hier vorgeführt wird, sehr wohl ein Beitrag zu einer übergreifenden Konzeption des Staates im 20. Jahrhundert und darüber hinaus – nicht zuletzt durch den immer wieder erbrachten Nachweis, dass die meisten der Bürokraten unabhängig von ihrer politischen Orientierung sicher zu wissen glaubten, „was gut und was schlecht für die afrikanische Bevölkerung sei“ (S. 147).

Reinhard Kößler

Patrik Hof, Kurswechsel an der Börse – Kapitalmarktpolitik unter Hitler und Mussolini. Wertpapierhandel im deutschen Nationalsozialismus (1933–1945) und im italienischen Faschismus (1922–1945), Martin Meidenbauer Verlagsbuchhandlung: München 2008. 482 Seiten. 59,90 €

Die 2007 an der LMU München als Dissertation eingereichte Studie von Patrik Hof untersucht vergleichend die Börsen- und Kapitalmarktpolitik des nationalsozialistischen Deutschland und des faschistischen Italiens. Eine Untersuchung, die sich explizit diesem Themenfeld gewidmet hat, gab es bisher nicht. Zu beiden Ländern liegen jedoch durch Studien über die großen Banken einige Arbeiten vor, die das Thema mitverhandelt haben. Trotzdem bietet die Studie durch ihre Konzentration viele neue Erkenntnisse, ohne allerdings das große Bild wesentlich zu verändern.

Beim Vergleich beider Länder stellt Hof fest, dass die Nationalsozialisten in der Börsenpolitik sehr viel schneller aktiv wurden als

die italienischen Faschisten, welche zu Beginn ihrer Herrschaft nur wenig in die Börsenabläufe eingriffen. Nachdem die italienischen Faschisten aber Anfang der 1930er Jahre in dieser Hinsicht aktiver wurden, ähnelte sich die Politik beider Länder stark. Die Börsen wurden vor allem für die Emission von Wertpapieren der öffentlichen Hand genutzt, um Aufrüstung und aktive Arbeitsmarktpolitik der Regierung zu unterstützen. Private Wertpapiere betrachteten beide Regierungen als Konkurrenz, weswegen ihre Ausgabe durch Restriktionen erschwert wurde. Nichtsdestotrotz blieb der Handel mit privaten Aktien in beiden Ländern bis Kriegsende möglich.

Zudem sorgte der Kriegsbeginn für einen Nachfrageboom an privaten Papieren, insbesondere der Rüstungsindustrie, der bis Kriegsende durch staatliche Maßnahmen nur sehr bedingt eingedämmt werden konnte. Die Regierungen versuchten hingegen weiterhin, staatliche Papiere in immer größerem Umfang zu platzieren. Da durch die kriegsbedingte Inflation wenig andere Anlagemöglichkeiten vorhanden waren, ließen sich die Papiere zumindest bis 1943/44 gut verkaufen und halfen so bei der Kriegsfinanzierung. Dementsprechend ist Hofs Fazit treffend, dass aus Sicht beider Staaten ihre Börsenpolitik weitgehend erfolgreich war. Unklar ist allerdings, warum der Autor das Buch mit dem Zitat „Die ungeheuren volks- und weltwirtschaftlichen Verluste, die durch den Krieg entstanden waren, bemerkte die Börse erst nach Ende des Krieges“ beendet. Denn weder thematisiert der Autor die Frage der Weiterführung der Börsen nach Kriegsende, noch lässt er erkennen, welche Verluste konkret gemeint sind. Zu kritisieren ist auch, dass die Frage der Bedeutung der Aktienkurssteigerungen für die einzelnen Firmen mit keinem Wort erwähnt wird. Der Fokus des Autors liegt hier zu ausschließlich auf den staatlichen Akteuren. Trotz der Einschränkungen ist die Studie in vielen Details eine Bereicherung des Forschungsstandes, und sie erweitert das Wissen über Börsenpolitik der beiden faschistischen Diktaturen wesentlich.

Marc Buggeln

Val Colic-Peisker, *Migration, Class, and Transnational Identities. Croats in Australia and America* (Urbana: Univ. of Illinois Press, 2008). 272 pages. 45 \$

Jasna Čapo Žmegač, *Strangers Either Way. The Lives of Croatian Refugees in Their New Home* (New York: Berghahn, 2007). 224 pages. 75 \$

The two studies on Croatian emigration to Australia and, for some of the migrants, on to the United States, as well as flight from recently independent Serbia to recently independent Croatia, indicate the vast differences between migrants according to class, status, and perceived ethnicity.

Colic-Peisker compares two immigrant cohorts from Croatia to Perth, Western Australia, and analyzes differences in their trajectories: working-class migrants from Tito's communist Yugoslavia, 1950s to the 1970s, and urban professionals from the 1980s to the 1990s, who entered as "independent" or skills-based migrants. The first group inserted itself locally, based on a concept of shared origins and history as well as cultural practices and mutual support. The migrants pursued a transnational acculturation trajectory into the local – Perth – version of the receiving society. In contrast, the professionals, while integrating into the city's professional ranks, made themselves part of a highly mobile global professional class rather than to "Australianize". Some continued their migrations to North America. The study challenges the traditional ethnic-group approach to migration and emphasizes the intersection of class, ethnicity, and gender – as studies of labor (and of middle-class) migrants have done for some time. It pursues ethnographic approaches and discusses changing identifications and juxtaposes ethnic and cosmopolitan versions of transnationalism. In conclusion the author places the findings in theoretizations of migration experiences of the last two decades.

Jasna Čapo Žmegač interviewed Croatians who had to leave their mixed settlement region in Srijem, Vojvodina, after the region became part of Serbia during the dissolution of Yugoslavia. While refugees, they negotiated an exchange of houses, land, and belongings with Serbs forced to depart from Croatia. Thus both groups fled/ migrated to functioning villages or small towns assuming they were moving to co-ethnics. The Croatian migrants studied, however, came to realize that they were “strangers either way”, both in newly ethnocentric Serbia and among their co-ethnics. The latter's everyday lives and views of community were different from those of the newcomers. Both groups remained distinct, held prejudices against each other, but – upon ethnological questioning – also admitted mutual influencing. Contrary to declamations about an ethnic “homeland”, “the migrants are not a homogeneous group of people, either in terms of the place (village) or region of origin [...] or in terms of culture or ethnicity” (14).

Together, both studies indicate to what degree composites, in the case “the Croatians”, need to be differentiated by locality and region, by class, and by time and motivation of migration.

Dirk Hoerder

Axel Schildt, Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90, Oldenbourg Verlag: München 2007. (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Band 80), 152 Seiten. 19,80 €

Die Reihe „Enzyklopädie deutscher Geschichte“ hat das Ziel, Bücher herzustellen, die dem Fachpublikum einen raschen Einblick in den gegenwärtigen Forschungsstand gewähren. Der Aufbau der Bücher ist vorgegeben: im ersten Abschnitt wird ein knapper Überblick über die Geschehnisse des jeweiligen Themengebietes im Licht des Forschungsstandes gegeben. Im zweiten Teil werden

Grundprobleme der Forschung erläutert, den dritten Teil bildet das Quellen- und Literaturverzeichnis. Dies stellt den Autoren vor die Herausforderung, im ersten Teil auf 60 Seiten 40 Jahre bundesrepublikanischer Sozialgeschichte zusammenzufassen. Weitgehend gelingt dies Axel Schildt mit Bravour. Der Abschnitt ist gut lesbar und gewährt einen sinnvollen Überblick. Bedauerlich ist jedoch, dass die Studie verfasst wurde – die Literatur endet mit dem Erscheinungsdatum 2005 – bevor die Veröffentlichungen des Projekts „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ abgeschlossen waren, weil dort hinsichtlich der Sozialgeschichte der Bundesrepublik wesentliche Erkenntnisfortschritte erzielt wurden.

Der zweite Teil des Buches ist stärker als der erste von den Forschungsschwerpunkten des Autoren sowie von zeitlichen Konjunkturen geprägt. So wird etwa der von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte maßgeblich mitgeprägten Konsum- und Mediengeschichte der Bundesrepublik großer Platz eingeräumt. Des Weiteren ist die ausführliche Darstellung der Geschichte unterschiedlicher Generationen wohl vor allem aus der großen Konjunktur des Themas, während der Abfassung des Manuskriptes zu erklären. Eine große Stärke ist die Beschreibung der bisherigen Erkenntnisse verschiedener Studien zu Milieus und Klassen in der Bundesrepublik und der präzisen Benennung der Forschungslücken. Erschwert wird die Lesbarkeit in diesem Abschnitt jedoch dadurch, dass lange Sätze durch das amerikanische Zitiersystem mitunter durch drei Klammern mit Literaturnennungen unterbrochen werden. Nichtsdestotrotz bietet die Studie einen hervorragenden Einstieg in die Sozialgeschichte der Bundesrepublik und ist insbesondere für Studierende äußerst empfehlenswert.

Marc Buggehn